

Bäderfrage: OB Sridharan schlägt endlich den gordischen Knoten durch

Liebe Leserin, lieber Leser,

Mit der Gebietsreform 1969 ist in Bonn ein Denken entstanden, dass insbesondere für die Kommunalpolitik unserer Stadt prägend ist. Man entscheidet und beurteilt Themen, weniger im Interesse der Gesamtstadt, sondern aus der Perspektive des jeweils eigenen Stadtbezirks. Konsequenz zu Ende gedacht bedeutet dies, dass eine bestimmte kommunale Einrichtung keineswegs nur einmal in der ehemaligen Bundeshauptstadt vorhanden sein sollte, sondern am besten viermal, nämlich in jedem Bezirk eine.

EIN SO AUSGEPRÄGTES DENKEN in längst obsoleten räumlichen Strukturen und das Desinteresse für die Gesamtstadt gibt es in dieser Form eigentlich nur in Bonn. Und das führte dann, konsequenterweise auch zu Fehlentscheidungen, unter denen wir bis heute leiden. Ein klagendes Beispiel: Nach der Gebietsreform war man im Stadtbezirk Beuel der Auffassung, im Bereich des Ennert ein neues Schwimmbad bauen zu müssen. Man hatte im Rat dafür die Mehrheit, allerdings nur mit den Stadtverordneten aus dem Stadtbezirk Hardtberg. Diese verweigerten solange die Zustimmung für das neue Ennertbad, bis gleichzeitig auch ein Wasserparadies für den Hardtberg beschlossen wurde. Ob dort eine weitere Schwimmanlage überhaupt notwendig war, spielte nicht wirklich eine Rolle.

KONSEQUENTERWEISE BEHANDELTE man in der neuen Stadt alle Bäder gleich schlecht in Sachen Unterhaltung: man tat gar nichts. Zwar waren die Fachleute sich schnell einig: Bonn unterhält mehr Bäder, als es bezahlen kann.

OBERSTADTDIREKTOREN UND OBERBÜRGERMEISTER aber sorgten mit dafür, dass darüber möglichst wenig in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Denn eines wussten sie ganz genau: Eine Bäderschließung ist sehr unpopulär. So vergingen die Jahre und alle Bäder wurden immer älter, immer grauer, immer unansehnlicher. Die technische Infrastruktur verfiel, weil niemand mehr Geld in ein Bad stecken wollte, das vielleicht bald geschlossen würde.

SO SIND AUCH IN DER LETZTEN WAHLPERIODE Entscheidungen zu den Schwimmbädern gescheitert, da wegen des Bezirksproporz Rat und CDU-Fraktion faktisch entscheidungsunfähig waren. Jeder Stadtbezirk wollte Bäder schließen, aber nicht im eigenen Bezirk. So blieb weiterhin alles beim Alten und alle Bäder

mit Ausnahme des Viktoriabades, das man vor Jahren schon geschlossen hatte, wurden weiter betrieben, mehr schlecht als recht.

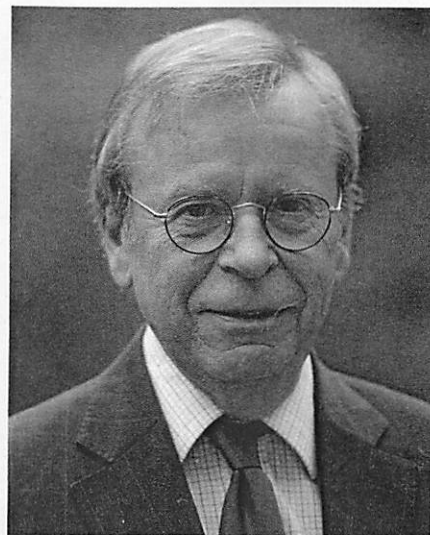
DAS WAR DIE SITUATION, als im Oktober 2015 Ashok Sridharan sein Amt als Oberbürgermeister antrat. Zu den vielen, vielen unerledigten Problemen gehörte auch der Bäderbereich. Was seine Vorgänger nicht schafften, schaffte Sridharan in weniger als einem Jahr. Er legte ein Gesamtkonzept vor und fand dafür eine Mehrheit des Rates: Zwei Bäder (Kurfürstenbad in Bad Godesberg und Frankenbad im Bonner Norden) schließen, eine bittere Pille. Dafür, die Versüßung, ein zentrales neues Badeparadies im – nomen est omen – Wasserland, zu bauen vom stadteigenen Konzern SWB. Saniert wird das Hardtbergbad, das Friesdorfer Freibad mit einer Traglufthalle aufgemöbelt. Werden die nächsten Hürden genommen, kann die Hängepartie endlich beendet werden.

ES IST NICHT ERSTAUNLICH, dass auch bei diesem Thema eine erste Anti-Bürgerinitiative in Marsch gesetzt wurde. Es folgte mal wieder ein Bürgerbegehren, diesmal gegen die Schließung des Kurfürstenbades in Bad Godesberg. Das notwendige Quorum von 9799 Unterschriften wurde erreicht.

„Wir hätten hier den gleichen Stillstand, wie er leider beim Projekt Viktoriakarree entstanden ist“

DIE MEHRHEITSKOALITION AUS CDU, GRÜNEN UND FDP hat Sridharans Konzept ausdrücklich unterstützt. Diese Mehrheit wird wohl das Bürgerbegehren diesmal zurückweisen. Dann wird in ganz Bonn im Rahmen eines Bürgerentscheides abgestimmt werden, ob das Kurfürstenbad geschlossen bleibt oder nicht. Bemerkenswert ist auch, dass der „Leitwolf“ für das neuste Bürgerbegehren derselbe ist, der auch die Aktion gegen das Projekt Viktoriakarree durchgesetzt hat.

NATÜRLICH MACHT HIER JEMAND VON SEINEM RECHT GEBRAUCH, dass er durch die Gemeindeordnung hat. Aber es ist auch legitim, auf die Konsequenzen hinzuweisen, die ein mehrheitliches „Nein“ der Bonner für das Ende des Kurfürstenbades hätte. Es wäre das klare Aus für das Konzept des Oberbürgermeisters. Das neue Bad im Wasserland würde nicht gebaut, alle Pläne der Bürgerwerkstatt, die bereits begonnen hat, wären Makulatur.



Wir hätten hier den gleichen Stillstand, wie er leider durch die grundfalsche Ratsentscheidung beim Projekt Viktoriakarree entstanden ist. Ich meine, Bonn kann es sich nicht leisten, eine weitere Fehlentscheidung mit großer Tragweite wie schon beim Viktoriakarree zu treffen. Dieses Mal kann und muss dann der Bürger selbst mit seiner Stimme die richtige Entscheidung treffen.

WER ALSO KEINE WEITERE LÄHMUNG unserer Kommunalpolitik will, muss der Schließung des Kurfürstenbades zustimmen. Ich vermute, die wenigsten außerhalb von Bad Godesberg wissen, wo diese Schwimmanlage überhaupt steht. Und man darf spekulieren, wie viele der 10.000 Bürger, die das Begehren unterstützen, schon einmal das Kurfürstenbad von innen gesehen haben.

ICH MÖCHTE EINE WEITERE FEHLENTSCHEIDUNG für die Fortentwicklung der Infrastruktur unserer Stadt verhindern und unbedingt das Bäderkonzept des Oberbürgermeisters durchgesetzt sehen. Gerade wir Haus- und Grundeigentümer müssen daran – auch im Sinne unserer Mieter – ein großes Interesse haben. Ich habe daher die herzliche Bitte an Sie: Geben Sie bei dem Bürgerentscheid, der noch vor Ostern ins Haus stehen dürfte, Ihre Stimme ab und lehnen Sie ihn ab. Denn ein „Nein“ zum Bürgerentscheid heißt ein „Ja“ für das Bäderkonzept der Stadtspitze. Und nur dies führt uns nach meiner Auffassung in der Sache wirklich weiter.

Ihr

R Sangerstedt
Prof. Hans Rudolf Sangerstedt